

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
A. Gester, Industriehalle  
Niedbach-Zürich

**Postsendungen**  
franco gegen Franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

**Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge**

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
bei seinen bekannten Agenten ent-  
nommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Reueybank)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Reueybank).

**Inserate**  
Die dreispaltige Zeile  
25 Gd. — 20 Pf.

**N. 6.**

**Sonntag, 8. Februar.**

**1880.**

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äusserste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verschleissmaßregel vernachlässigt werden, die die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderlich ist hierzu ein-richtig, daß unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an legend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch möglichst unvollständige Postadressen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich ebenfalls größter Sicherheit Kommando. Soweit an uns liegt, werden wir gemäß unserer Mühe noch helfen können, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Die siebente Großmacht.

Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gab es in Europa fünf Großmächte oder eigentlich vier und eine halbe: Rußland, Oesterreich, Frankreich, England und — die halbe — Preußen. Aus dieser Zeit stammt das berühmte Wort von der sechsten Großmacht Preffe.

Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte haben die zwei großen Revolutionäre Cavour und Bismarck in diese Einteilung ein gewaltiges Loch gemacht. Man zählt jetzt sechs Großmächte und zwar die ehemalige halbe an ihrer Spitze: Preußen Deutschland, Neu-Italien, Frankreich, Oesterreich, Rußland und England. Keine von diesen sechs Großmächten traut der andern, jezt sucht sich durch endlose Kriegsrüstungen und durch allerlei Ränke und Kniffe im Voraus jede mögliche Ueberrumpelung sicher zu stellen.

Während sie aber alle in dieser Richtung ihr Bestes thun, erhebt sich mitten unter ihnen eine siebente. Wie der Tornado, der von Zeit zu Zeit verwüstend über die atlantische Küste braust, hat sie ihre Wurzel in den „höhern“ Regionen. Dort baut sie sich aus dunkeln Gewalten zusammen und wächst einherschreitend, bis sie erschütternd die Thore der eisengepanzerten Militärmonarchien, der Bourgeoisrepubliken und jedweder Klassenherrschaften packt. „Roth“ ist ihr Name und ihr Begleiter der Hunger. Die Kartoffel- und Getreide- Ernten in Schlesiens und Irland waren schlecht und der Weinherbst am Rhein und in Ostfrankreich ein Fehlschlag. Dazu kam ein unerhört kalter Dezember und so gewaltige Schneefälle, daß selbst in den Hauptstädten zeitweilig an Kommunikation nicht zu denken war. Die Industrie liegt nach wie vor darnieder und überall herrscht Arbeitslosigkeit; die noch beschäftigten Arbeiter aber verdienen zum großen Theil kaum das trockene Brod. Hungertrypus und andere aus schlechter Ernährung stammende Krankheiten greifen immer mehr um sich. Jammer und Elend herrscht überall im Volke. Und doch hat das Jahr 1880 kaum erst angefangen, der Winter ist noch kaum zur Hälfte hinüber!

Auf die Abwehr eines mit Kanonen und Mitrailleusen vorrückenden Feindes sind das Soldatenkaiserreich Deutschland, die Militärrepublik Frankreich und andere Staaten ja eingerichtet. Wie aber? Wenn der Feind mit Winterarmen und Mißwachs, mit Hunger und Krankheit kommt? Wenn der mit der Ernährung des ungeheuren stehenden Heeres belastete Bevölkerungstheil das Heer nicht mehr ernähren kann? Die Steuerbäche zu fließen aufhören, weil es wenig, zu wenig mehr zu verdienen giebt? Wenn der bleiche Hunger den in den Winkeln murrenden Proletarierbataillonen den Muth der Verzweiflung leiht? Und die „Männer mit den harten Fäusten“ keine Veranlassung zur Schonung bestehender Verhältnisse mehr haben, weil sie keine Hoffnung mehr haben?

Den Kampf mit dieser siebenten, der schrecklichsten Großmacht hat weder das von Bismarck gegründete Reich, noch die Militärrepublik Gambetta's, noch das englische Krämereich, noch das Königreich Umberto's bisher bestanden. Und doch kann nur ein Staatswesen für die Dauer lebensfähig sein, dessen Organisation es auch solche Stürme siegreich bestehen läßt, oder besser, das so organisiert ist, daß solche Stürme gar nicht erst entstehen können.

Alle bisherigen Staats- und Gesellschaftsformen sind außer Stande, dem Eroberungs- und Verwüstungsmarsch der siebenten Großmacht zu widerstehen. Ihrem schrecklichen, mörderischen Regiment wird erst ein Ende gemacht durch die neuentstandene achte Großmacht, welche zum Heile der Menschheit auch alle die andern „Großmächte“ vom Erdboden hinwegwischt: durch den Sozialismus!

## Goldwährung oder Doppelwährung?

Diese Frage wird seit langem, namentlich aber seit der bekannten Ordre des deutschen Reichskanzlers auf Einstellung der Silberverkäufe in den Kreisen der Volkswirtschaftler und derer, welche es sein wollen, lebhaft debattirt. Dem ersten Anschein und dem bloßen Namen nach zu urtheilen, möchte man nun vielleicht glauben, daß diese Frage dem Sozialismus ganz ferne läge, für das Volk ganz gleichgültig sei. Dem ist jedoch keineswegs so. Muß schon jede, anscheinend auch noch so untergeordnete, ökonomische Einwirkung ihre Wirkung auf das Wirtschaftsorganismus äußern, so ist dies in erhöhtem Maße der Fall bei dem Gelde, dem Wertmesser unserer heutigen Gesellschaft. Seine Beschaffenheit, Verändernlichkeit oder Steifigkeit, übt den weittragendsten, tief einschneidendsten Einfluß auf den Markt, auf das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion und demnach auf die gesamten Arbeitsverhältnisse, auf die Erwerbsverhältnisse des arbeitenden Volkes.

Es ist deshalb und weil die Spekulationswüthigen Kapitalisten und Politiker alles thun, um die Frage im Interesse ihres Geld-

sacks und zum Schaden des Volkes zu verrücken und das letztere über ihre wahre Bedeutung im Unklaren zu lassen und zu täuschen, sehr erfreulich, daß ein deutscher Sozialist die sich bietende Gelegenheit ergriffen und sich an offizieller Stelle über die erwähnte Frage und die Stellung des Sozialismus zu derselben, sowie über die ökonomische Lage überhaupt ausgesprochen hat.

Im sächsischen Landtag wurde vor kurzem von dem liberalen Abgeordneten Heine ein auf Wiedereinführung der früheren Silber- oder Doppelwährung hinauslaufender Antrag gestellt. Der genannte Abgeordnete, ein früherer 48er Demokrat, persönlich ehrenwerth, aber ein höchst unklarer Kopf, machte hierbei die eingeführte Goldwährung für fast alle von den Sozialisten aufgedeckten und auch von ihm selbst vollkommen anerkannten Schäden der modernen Gesellschaft verantwortlich und suchte in einer langatmigen, überaus unglücklichen Ausführung darzulegen, daß sich mit Wiedereinführung der Silberwährung alsbald wieder (!) Alles zum Bessern wenden werde!

Hierauf ergriff Genosse Liebknecht das Wort und sprach sich in folgender Weise aus:

Die Einführung der Goldwährung ist ein bedeutender Fortschritt für Deutschland. Der Heine'sche Antrag trifft die „Hyänen der Industrie“ durchaus nicht; im Gegentheil, bei der Doppelwährung werden die Arbeiter um viele Millionen betrogen. Geld ist Waare und Werthmesser; wenn zwei Werthmesser existiren, so entsteht naturgemäß Konfusion auf dem Geldmarkt, welche sich die Spekulanten zu Nutzen machen. Einer der bedeutendsten Nationalökonomien, der Sozialist Engels, äußerte sich auf eine spezielle Anfrage Liebknechts über diese Frage in nachfolgender Weise:

„Die Silber- resp. Doppelwährungsgeschichte ist das Hirngespinnst einiger Liverpooleser Baumwollspekulanten. Da in Indien und China nur Silber im Handel praktisch zirkulirt und Silber seit 10 Jahren von 1 zu 15 $\frac{1}{2}$  auf 1 zu 17 $\frac{1}{2}$  bis 18 des Goldwerthes gefallen ist, so hat dieser Umstand natürlich die durch Ueber-Export von Baumwollwaaren nach dem fernem Osten verursachte Krise in diesem Artikel noch verschärft. Erstens fielen die Preise durch gesteigertes Angebot, und dann bräkten diese gefallenen Preise obendrein noch für den englischen Exporteur einen geringeren Goldwerth aus als früher. Die geschiedten Leute in Liverpool nun, die sich gar nicht denken können, daß Baumwolle auch einmal im Preise fallen kann, schieben alles auf den Unterschied der Währung und meinen, es sei alles in Ordnung und der indisch-chinesische Handel werde floriren, sobald man hier dekretire, das Silber solle wieder 1 zu 15 $\frac{1}{2}$  der Goldwerth sein, d. h. das englische Publikum solle Silber 13—15 Proz. über den Werth sich aufhängen lassen, damit die Baumwollen-Exporteurs soviel gewinnen. Das ist der ganze Schwindel, an den sich noch einige Crochet-monyers gehängt haben. Von irgend welcher Bedeutung war er nie. Die „Times“ war nämlich so menschenfreundlich, zu meinen, für ein so armes Land wie Deutschland passe die Goldwährung nicht, man solle lieber zur bequemeren Silberwährung zurückkehren. Mit dem versteckten Wunsch, für den Londoner Geldmarkt eine Abzugsquelle zu schaffen, wohin dieser sein entwerthetes Silber über den Werth ablegen könne.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte Liebknecht dann seine Anerkennung, daß Heine es gewagt habe, in seinen Motiven die Schäden der modernen Gesellschaft anzuerkennen. Aber diese Schäden werden durch die Silberwährung nicht geheilt. Handels- und Geschäftskrisen wiederholen sich periodisch und entspringen naturnothwendig aus der chaotischen Verwirrung, welche zwischen Produktion und Konsumtion existirt. Hieran ändert auch Kolonienbesitz, nach dem in neuerer Zeit von der deutschen Bourgeoisie gestrebt wird, nichts; denn die Konsumtionsfähigkeit der Kolonien reicht bei Weitem nicht heran an die Produktionsfähigkeit auch nur eines kleinen Theiles von Deutschland. Nach einiger Zeit wird jeder Staat auf seinen eignen Markt angewiesen sein. Man muß also dafür sorgen, daß die Konsumtionsfähigkeit vermehrt wird, nichts; denn die Lohnen, man möge durch niedrige Löhne mit den Engländern konkurriren; aber dadurch wird die Konsumtionsfähigkeit gerade verringert und die Löhne sind am höchsten immer da, wo die Industrie am meisten entwickelt ist. Man braucht nicht auf den Samoainseln Konsumenten zu suchen, sondern man suche sie in Deutschland selbst. Der Uebelstand liegt einzig und allein in dem Mißverhältnis von Produktion und Konsumtion und solange man dasselbe nicht beseitigt, wird man aus der Periode der Krisen nicht herauskommen. Dazu kommt, daß in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft die Tendenz herrscht, mit der Aufstellung vermehrter Produktionsinstrumente die Konsumtionsfähigkeit zu überholen, wodurch eine permanente Ueberproduktion stattfindet.

In diesen Kern der Sache eingedrungen zu sein, ist das große Verdienst der sozialistischen Partei. Keine andere Partei hat dies noch gethan, und wo es etwa theilweise geschehen ist, da hat man sich auf die Schultern von Sozialisten gestellt. So arbeiten die Agrarier zum großen Theile mit Waffen, die sie aus dem Arsenal des Sozialismus entnommen haben. Die ganze jetzige Volks-

wirtschaft muß die Berechtigung und wissenschaftliche Begründung des Sozialismus anerkennen und kommt mehr und mehr auf seine Bahnen. Desto infamer ist es, daß gerade die Partei, welche diese Wahrheit gefunden und mit allen Kräften für deren Anerkennung und Ruhbarmachung gewirkt hat, nach Möglichkeit mundtot gemacht und unterdrückt wird!

## Nordamerikanischer Sozialistenkongreß.

(Schluß).

Weniger glücklich scheint dagegen der hierauf gefaßte Beschluß: daß die sozialistische Arbeiterpartei selbstständig einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen habe. Selbstverständlich kann unter solchen Umständen das Eintreten in die Wahl nicht auf einen, wenn auch beschriebenen Wahlerfolg gerichtet sein, sondern dient lediglich allgemein agitatorischen Zwecken, die sich freilich in der erregten Präsidentschaftswahlzeit am besten fördern lassen. Aber andererseits ist zu erwägen, daß die geringe Stimmenzahl, welche wir bei dem derzeitigen Stand der sozialistischen Bewegung in diesem Land nur erzielen können, in der öffentlichen Meinung einen nicht weniger als achtungsgebietenden Eindruck machen kann, weil das amerikanische Publikum in seiner auf das Zunächstliegende gerichteten Art unser Eintreten nimmermehr als ein lediglich agitatorisches und ganz außer Beziehung zum Wahlzweck stehend ansehen wird. Man wird die politische Bedeutung lediglich nach der Handvoll von uns mit großen Kosten aufgetriebenen Stimmen beurtheilen und Unterschätzung und vermindertes Interesse für unsere Partei wird die Folge sein. Ohne Zweifel werden wir mit der Zeit auch dieses Hinderniß wie so viele andere überspringen; allein ich dünkte, wir hätten bereit ohnehin genug und brauchen uns nicht neue zu schaffen. Doch ist die Entscheidung gefallen und die Disziplin fordert, daß sich ihr jeder Genosse unterwirft. Man muß daher suchen, die Sache möglichst zu Gunsten der Partei zu wenden und das Beste hoffen.

Am vierten Tag wurde zunächst über die mit einzelnen Sektionen verbundenen militärischen Organisationen verhandelt. Van Batten wies in ausführlicher Rede nach, wie dieselben mit der Konstitution der sozialistischen Arbeiterpartei, als einer politischen Partei, welche mit allen Mitteln friedlicher Propaganda ihr Ziel zu erstreben suche, im Widerspruch stehe. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, allen bewaffneten Organisationen die offizielle Anerkennung als Parteiorganisation zu verweigern. Und zwar mit Recht. Zwar ist es nur ein Recht des Bürgers, wenn er sich für die Tage der Gefahr bewaffnet und in den Waffen übt und es ist nur zu loben, daß die Arbeiter dieses Bürgerrecht und diese Bürgerpflicht nicht mehr lediglich ihren Feinden, den Herrschenden überlassen und selbst wehrlos gegen die Bewaffneten bleiben. Aber diese Wehrorganisation muß eine Privatsache und kann niemals Aufgabe einer politischen Partei sein. Dieselbe müßte denn offen eingestehen, daß ihre Ziele nimmermehr auf dem Wege des friedlichen Parteikampfes zu erreichen seien und könnte sich dann jegliche Programme ersparen, einfach den demnächstigen bewaffneten Angriff auf ihre Fahne schreibend. Ein solches Vorgehen und ein solch offenes Eingeständniß aber könnte unferer, geht noch sehr in der Minderheit befindlichen Partei sehr übel bekommen, denn es würde den Segnern das Recht geben, uns rückwärts zu verdrängen. Jeder Einzelne und Gruppen von Genossen mögen sich waffnen; die Organisation wird sich dann, wenn es nöthig ist, zur Stunde der That schon finden. Jetzt aber hat unsere Partei andere Aufgaben.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete das Pres.-Komite Bericht. Es hob besonders die Nothwendigkeit einer englischen Parteipresse hervor und empfahl die Schaffung einer solchen mit allen disponiblen Mitteln. Nach eingehender Debatte über diesen Punkt wurde der Beschluß gefaßt, zunächst in New-York eine tägliche Zeitung unter der Kontrolle der Sektionen New-York und Brooklyn zu gründen. Der Name des Blattes soll „Union“ sein.

Hinsichtlich der Presse wird weiter am fünften Tag der Beschluß gefaßt zum Zweck der Ermöglichung der Herausgabe von sozialistischen Blättern an kleineren Orten in Cincinnati eine Druckgenossenschaft zu errichten, in welcher ein Theil des Lesestoffes für eine Anzahl von Blättern gleichmäßig hergestellt wird und welche zugleich Flugschriften, Brochüren zc. unter Parteileitung herzustellen hat. In der Nachmittags-Sitzung drehte sich die Diskussion um die Frage, ob der Name der Partei geändert werden solle oder nicht. Van Batten machte darauf aufmerksam, daß das Wort „Sozialistisch“ geeignet sei, Viele abzuschrecken, die ihren Ansichten nach eigentlich zur Partei gehörten, sich aber den Vorurtheilen der öffentlichen Meinung beugten. Dieser opportunistische Antrag fand indeß scharfe Erwiderungen und man legte mit Recht besonderes Gewicht darauf, daß die Worte „Sozialist“ und „Arbeiter“, als dem Charakter



der Partei entsprechend, nicht gestrichen werden sollten. Die Abstimmung ergab eine sehr große Majorität zu Gunsten der Beibehaltung des Namens „Sozialistische Arbeiterpartei“.

Der sechste Tag war der arbeitsamste der ganzen Session. Es fanden drei Sitzungen statt und zwar von 8<sup>1/2</sup> früh bis 12 Uhr Mittags, von 1/2 Nachmittags bis 6 Uhr Abends und von 7 Uhr Abends bis zur Schwelle des neuen Jahres. Zur Diskussion kamen die Konstitution und Plattform, welche beide verschiedene wichtige Änderungen erlitten.

Die Umgestaltung der Plattform und der angehängten Beschlüsse ist eine vollständige, indem fast nicht ein Satz völlig gleich oder auf derselben Stelle geblieben ist. Der Aufzählung der Planken (Einzelpunkte der Plattform) ist eine Einleitung vorausgeschickt, welche dem Punkt I. des Gothaer Programms nachgebildet ist und den Rechtsgrund und Zweck der sozialistischen Arbeiterpartei erläutert. Sodann werden die Gleichheit der Lage der arbeitenden Klasse in allen zivilisierten Ländern und die daraus resultierende Internationalität der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit der Abschaffung des Lohnsystems und der Ueberführung aller Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz betont, und hierauf die Einzelforderungen zur „Verbesserung der Lage der Arbeiterklassen unter dem jetzigen Regime“ aufgeführt. Die bedeutendsten davon sind: Plank 1 betont die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Vereinigten Staaten-Vereinbarung zum Zweck der Einführung der direkten Volksregierung schärfer als bisher gesehen. 2 und 3 fordern politische Gleichberechtigung für alle Bürger ohne Unterschied von Glauben, Geschlecht und Rasse. 6 verlangt die strenge Durchführung des „Achtstundengesetzes“ für alle nationalen Arbeiten; dieselbe Forderung der Achtstundenarbeit wird später bei den Forderungen an die Einzelstaaten und bei den Beschlüssen wiederholt; die Achtstundenarbeit soll sowohl von den Einzelstaaten als von der Vereinigten Staaten-Vereinbarung als gesetzlicher Arbeitstag anerkannt werden. 7 und 10 verlangen die gleichheitliche Besteuerung aller Eigentums (gegen die Steuerfreiheit der religiösen Gemeinschaften und der großen Eisenbahnkompagnien gerichtet). — Von den Einzelstaaten wird außer dem schon Erwähnten noch verlangt: die Einführung von Staatsbüros für Arbeitsstatistik; die Abschaffung der Vermietung der Gefangenarbeit; strenge Haftpflichtigkeit; gänzliches Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren; Schulzwang und Unentgeltlichkeit des Unterrichts; Einführung von Inspektoren für Fabriken, Bergwerken, Werkstätten, Lebensmittel und Wohnungen. — In den Beschlüssen wird dann das lange streitige Verhältnis der sozialistischen Arbeiterpartei zu der Gewerkschaftsbewegung fixiert, indem erklärt wird, daß die Partei die Organisation von nationalen und internationalen Gewerkschafts- und Arbeiter-Unionen begünstigt, den Parteigenossen den Beitritt empfiehlt und ihnen nach Kräften Unterstützung verspricht. Sodann wird die Widerrufung aller sogenannten Trampgesetze, welche unbeschäftigte Arbeiter als Landstreicher bestrafen, verlangt und weiter der Kongress aufgefordert, die von 22 Eisenbahnkompagnien verlangten Charters (Privilegien, Eisenbahnkonzessionen mit Schenkung von Nationalländereien) zu widerrufen und dadurch 125 Mill. Acres jetzt im Besitz reicher Monopolisten befindlichen Landes, das über 5 Millionen Bürger ernähren könnte, für den Gebrauch des Volkes zurückzufordern.

In den Sitzungen des letzten Tages wurden als Sitz der Exekutive Detroit, als Sitz des Ausschusses Chicago gewählt und als Plätze für den nächsten Kongress Chicago, Boston, New-York und Cincinnati vorgeschlagen, unter welchen Städten eine Urabstimmung sämtlicher Parteimitglieder zu wählen hat. Nachdem noch der bisherige Parteisekretär Ph. van Baiten wiedergewählt worden, wurde beschlossen, die Parteimitglieder Caleb Pinf und Osborne Ward von Brooklyn, sowie A. D. Bishop von Chicago der Partei als Präsidentschaftskandidaten zu empfehlen. Wer von denselben die höchste Stimmenzahl erhalte (in der Urabstimmung) solle zum Kandidaten für die Präsidentschaft und der die nächstmeisten Stimmen erhält, zum Kandidaten für die Vice-Präsidentschaft nominirt werden. Schließlich wurde noch bestimmt: die Partei solle durch Urabstimmung entscheiden, ob nach Lage der Dinge im Monat Juli eine Extra-Konvention in Chicago abgehalten werden solle.

Damit waren die bedeutenden Arbeiten des Kongresses erledigt und wurde derselbe Nachts 12 Uhr geschlossen. Mögen seine Arbeiten der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerikas und der internationalen Sozialdemokratie zum Nutzen und Vorteil gereichen.

H. DORN.

## Sozialpolitische Rundschau.

### Deutschland.

\* Der „Sozialdemokrat“ genießt seit seinem Bestehen die Ehre, von der deutschen Polizei nach Kräften verfolgt zu werden. —

## Feuilleton.

### Ein Vorkämpfer der sozialistischen Idee.

Ho. Seit dem Sozialistengesetze ist von deutschen Werken für uns nicht viel zu berichten gewesen, denn alle Erzeugnisse der Presse, welche irgend ein Körnlein Wahrheit in Bezug auf die soziale Frage enthalten, sind entweder von vornherein konfisziert worden oder doch dem Ausnahmegesetz während der Zeit unfehlbar zum Opfer gefallen, selbst wenn solche Werke auch nicht spezifisch sozialistischer Tendenz waren. Manchmal aber wird doch ein solches von der Polizei übersehen, oder aber es ist aus anderen Gründen nicht gut thumlich, dasselbe zu unterdrücken. Wir sind nun in der glücklichen Lage, die Genossen auf ein solches neu erschienenen Werk aufmerksam machen zu können, welches sich sowohl seines vorzüglichen Inhalts als auch seiner Billigkeit wegen für jeden Sozialisten zur Anschaffung empfiehlt, und, was das Beste, von dem kaum anzunehmen ist, daß es in Preußen-Deutschland verboten werden kann.

Ich meine das im Bibliographischen Institut in Leipzig erschienene Buch: Shelley's ausgewählte Dichtungen. Aus dem Englischen von Adolph Strodtmann. (Bibliothek deutscher und ausländischer Klassiker.) Dasselbe ist 23 Bogen groß Oktav stark (362 Seiten) und ist für den fabelhaft billigen Preis von 50 Pfg. in jeder Buchhandlung zu haben.

Shelley wurde 1792 als Sohn eines englischen Baronets geboren und darf als Vorkämpfer der sozialistischen Idee betrachtet

wie das im heutigen Deutschland für jedes sozialistische Blatt nur selbstverständlich ist. Seitdem man aber in der Kanzlei des Reichspolizeiministers Wada am Wolkenmarkt in Erfahrung gebracht hat, welche Ausbreitung der „Sozialdemokrat“ trotz aller ihm an der Grenze und im Innern in den Weg gelegten Hindernisse in Deutschland hat und welche ein reger Verkehr zwischen den Parteigenossen allerorten und dem Parteiorgan besteht (und nicht zu vergessen auch: seitdem Graf Eulenburg selbst im preussischen Landtag den „Sozialdemokrat“ als offizielles Organ unserer Partei zu proklamieren und zu empfehlen so freundlich war, wodurch die Nachricht von der Existenz des „Sozialdemokrat“ in weite bis dahin damit unbekannt Kreise verbreitet wurde, was uns eine sehr erhebliche Anzahl von Abonnenten zuführte): seitdem wird von der deutschen Polizei mit einem etwas besseren Sachverständigen Eifer und mit einem großartigen Zeit- und Kraftaufwand daran gearbeitet, den „Sozialdemokrat“ und noch mehr seiner Verbreiter um jeden Preis habhaft zu werden, um den deutschen Genossen das Halten des verhassten Blattes zu verleißen und unmöglich zu machen und den „Sozialdemokrat“ vom Boden des deutschen Reiches zu vertreiben. Im Laufe der letzten beiden Wochen haben (nur soviel uns bekannt geworden) gering gerechnet 200 Hausdurchsuchungen in allen Theilen Deutschlands nach unserm Parteiorgan stattgefunden. In Elberfeld stieberte man eine Sendung, worauf 15 vergebliche Hausdurchsuchungen erfolgten. Ähnliches geschah in Nürnberg (wiederholt), Darmstadt, Forst, München und an anderen Orten. Inzwischen ist der Liebe Müß schon deshalb fast durchweg umsonst gewesen, da man an den meisten Orten mit bekanntem Geschick so gut wie gar nichts gefunden hat.

Wir sehen weiteren derartigen Maßregeln mit größter Seelenruhe entgegen; denn wenn sie auch hier und da einzelnen Genossen Schaden verursachen, so können sie unserer Sache — der Partei, wie dem Parteiorgan — insolge der durch sie unter die Genossen gebrachten Bewegung, der von ihnen hervorgerufenen Erbitterung einer und Neugierde nach dem Verbotenen andererseits, sowie insolge der unvermeidlichen Reklame für unser Parteiorgan durchaus nicht schaden, sondern nur nützen. Die herrschgewaltigen Feinde des Sozialismus in Deutschland erweisen sich für diesen eben auf Schritt und Tritt als die Nacht, welche wohl im Einzelnen schaden und zerstören kann, im Großen und Ganzen aber zwar stets das Böse aus tiefstem Herzensgrund will, aber wider Willen stets das Gute in die Wege leiten muß.

— Der reißende Strom der Reaktion ergießt seine trüben Fluthen immer unaufhaltsamer über die deutschen Lande; Tag für Tag reißt er neue Stücke der schwachen „liberalen“ Schutzdämme nieder und wird mit jedem neuen Erfolg nur immer gieriger, so daß ihm selbst die ältesten Rinnale nicht mehr genügen und er auch uralte Freistätten zu überschwemmen strebt. So hat der preussische Landtag letzte Woche ein Klassengesetz ersten Ranges fertig gebracht, welches dem preussischen Volke die letzten Reste eines Stückes Freiheit raubt, das der Uebermuth der Herrscher nicht einmal zur Zeit der ärgsten Knechtschaft des Mittelalters angetastet hat. Das berühmteste Forst- und Feldpolizeigesetz ist nach langjährigen Ver suchen von den preussischen Großgrundbesitzern endlich doch durchgedrückt worden, und man sieht, wie recht wir hatten, als wir i. J. bei der ersten Ablehnung in dieser Session wenig Hoffnung äußerten. Durch dies Gesetz wird der Begriff des „absoluten“ (Privat-) Eigentums in einer Weise ausgedehnt und bis zu seinen äußersten Folgerungen getrieben, wie es bisher noch niemals und nirgends, nicht einmal bei den hierin für alle Zeiten unerreichten Römern gesehen ist. Bisher wurde der bestillosen Mehrheit von der den Grund und Boden monopolisirenden Minderheit doch wenigstens eine sozusagen ideale Mithenähnung nicht streitig gemacht. In den Wald zu gehen, sich ins Gras zu legen, eine Blume zu pflücken, sich den Hut mit einem Bruch Eichenlaub zu schmücken oder einige am Weg stehende Erdbeeren abzubrechen: das zu verbieten, hat sich bis jetzt noch keine Mehrheit von Eigentumsfanatikern gefunden. Die preussischen Landmonopolisten aber haben das Unerhörte fertig gebracht. Fürderhin darf das bestillos Volk Wald und Flur, Wiese und Feld, Bäume und Sträucher, Bäche und Teiche seines „Vaterlandes“ nur mehr von der Entfernung ansehen. Der Eintritt in den Wald, das Abbrechen von Pflanzen und Zweigen, jeder Schritt vom Weg, das Baden in „fremden“ Wässern — alles, alles ist bei strengen Strafen verboten!

Und wie die Dinge liegen, ist es ganz gut so. Die erste Bedingung der Befreiung ist die Erkenntniß der Knechtschaft. Diese aber fehlt im großen Ganzen dem deutschen Volke noch vollständig. Wenn aber erst jedes Blatt unserer Wälder und jeder Grashalm unserer Wiesen die Marke seines „Eigentümers“ trägt, wenn hinter jedem Baum und aus jedem Busch ein Polizeidiener hervorguckt und jeder Mund voll Wasser und jeder Nistem-

werden, für welche er stritt und litt. Sein erstes Werk war eine Schrift: Ueber die Nothwendigkeit des Atheismus.

Unser Buch beginnt mit seinem Hauptwerke „Königin Mab“. In diesem längeren Gedichte wird in entzückend schöner Form die Reise einer idealen menschlichen Seele mit der Feenkönigin Mab in die Weiten des Himmels, wo das Treiben des Menschengeschlechts aus der Vogelperspektive betrachtet und einer eingehenden Kritik unterzogen wird — Wer Gedichte nicht gern liest (wir sind jedoch überzeugt, daß dieses Gedicht Reden entzücken wird), dem empfehlen wir das eingehende Studium der nun folgenden Anmerkungen, welche Shelley zur „Königin Mab“ geschrieben und aus welchen wir zur Charakteristik Shelley's und zur Empfehlung seiner Schriften folgende Auszüge anführen:

„Es gibt keinen wahren Reichtum außer der Arbeit des Menschen. Wären die Berge von Gold und die Thäler von Silber, so würde die Welt nicht um ein Getreide Korn reicher sein; nicht ein Vortheil würde der Menschheit daraus erwachsen. In Folge des hohen Werthes, den wir den edeln Metallen beimessen, ist ein Mensch im Stande, sich auf Kosten der Lebensbedürfnisse seines Nächsten mit Luxus zu umgeben — ein System, das wunderbar geeignet, all die mannichfachen Arten von Krankheit und Verbrechen hervorzubringen, welche jederzeit die beiden Gegensätze von Reichtum und Armuth charakterisiren.“

„Die Armen werden veranlaßt, zu arbeiten — wofür? Nicht für das Brod, nach dem sie hungern; nicht für die Decken, deren Mangel ihre Säuglinge in der Kälte ihrer elenden Hütten erfröhen läßt; nicht für jene Bequemlichkeiten der Zivilisation, ohne

zug frische Luft erst von seinem „rechtmäßigen Besitzer“ erbettelt oder erkaufte werden muß, wenn das Volk auf Schritt und Tritt fühlt, daß es in seinem eigenen „Vaterlande“ best- und rechtlos ist, daß die Menschheit an der Mutter Erde keinen Theil hat und daß alles auf ihr, alle Güter des Lebens sich nur im Besitz einiger weniger Urrpaatoren befinden: dann wird sich wohl endlich die Ueberzeugung von dem verbrecherischen Wahnsinn des Privateigentums an den Produktionsmitteln in die weitesten Kreise Bahn brechen. Und von der allgemeinen Erkenntniß der Gemeinshädlichkeit dieser Institution ist zur Belämpfung und Ausrottung derselben nur ein Schritt. Deshalb begrüßen wir dieses wie jedes Klassengesetz, und zwar um so freudiger, je drückender und erbitternder es wirken muß. Je mehr Böse Wetret sich ansammeln, desto gewaltiger der Niederschlag, desto näher und gründlicher aber auch die Reinigung!

— Ein weiteres Klassengesetz schlimmerer Sorte ist das eben in Verathung befindliche und in seinen Hauptbestimmungen zweifellos zur Annahme gelangende Dienstbotengesetz. Es mangelt uns heute der Raum, auf die Bestimmungen desselben weiter einzugehen und versparen wir uns Weiteres deshalb auf ein andermal. Die dasselbe beschaffen ist, wird man sich indessen nach den bisherigen Leistungen des Landtags leicht vorstellen können. Zur Charakteristik desselben genüge einstweilen, daß der Kontraktbruch (aber natürlich nur, wenn er vom Dienstboten ausgeht) strafrechtlich verfolgt wird, daß der seinen Dienst „widerrechtlich“ verlassende Dienstbote seinem „Herrn“ polizeilich wieder zugeführt werden und „unbotmäßiges“ Gesinde auf Antrag der „Herrschaft“ ohne weiteres Urtheil eingesperrt werden kann. — Als Ergänzung soll sich an diese Gesindordnung demnächst noch eine gesetzliche Regelung der Dienstverhältnisse der ländlichen Arbeiter schließen, in welcher der Herrenübermuth noch größere Orgien feiern wird. So soll als Entlassungsgrund u. A. ein Liebesverhältnis des „Knechtes“ oder der „Magd“ mit einem Angehörigen der Familie des Dienstherrn oder dessen Beamten gelten! Natürlich, Herr und Knecht sind ja zwei ganz verschiedene Menschenrassen und der nähere Umgang der einen mit der andern kann der „höheren“ nur Unehre bringen. Merkt's Euch, Knechte!

— Die Rothstände bilden jetzt in Deutschland trotz der Abneigung der herrschenden Klasse, sich mit derartigen unangenehmen und gefährlichen Fragen zu befassen, ein stehendes Gesprächsthema in den Landtagen; das auf die Spitze getriebene Gend schreit eben zu laut, als daß es weiter vertuscht werden könnte. Wirkliche Abhilfe aber wird von unserm Pseudo-Volksvertretungen“ natürlich Niemand verlangen, da man der herrschenden Klasse nicht wohl einen überlegten Selbstmord zumuthen kann; denn einen solchen, eine Abschaffung des privaten Reichthums setzt die Unterdrückung der Armuth und des Elends nothwendig voraus. Kleine Mittel zur Unterstützung, zur Fristung des Lebens und der Erwerbsfähigkeit der betreffenden Bevölkerung — das ist's, was im besten Fall vom heutigen Staat erwartet werden kann. Das bewiesen die durch die schon früher erwähnte Petition der nothleidenden Weber des Erzgebirges hervorgerufenen Verhandlungen des sächsischen Landtages über dies Thema. Wohl war man gezwungen, den schrecklichen Nothstand in wenigstens 12 Distrikten und die Ausichtslosigkeit der Lage der dortigen durch die Konkurrenz der Maschinenweberei ruinirten Bevölkerung anzuerkennen, ja es wurde sogar konstatiert, daß die Verhältnisse noch schlimmer sind, als sie die Petition schilderte, indem bei vielen Webern der wöchentliche Verdienst bis auf 2—6 Mark gesunken ist, wovon 4—7 Menschen zu ernähren sind! Trotzdem aber fanden die sozialistischen Ausführungen Liebknecht's nur taube Ohren; man schob alle Schuld von sich auf das böse „Schicksal“ und war nur bestrebt, sich mit einem nothgedrungenen Almosen über die Verlegenheit hinwegzusetzen, indem man die Regierung zu Erhebungen und Kreditforderungen zur Unterstützung des nothleidenden Landestheiles aufforderte. Und auch dies (für die Hungernden allerdings ein klein wenig besser als nichts) ist nur den sozialistischen Abgeordneten zu danken, ohne welche die Sache wohl einfach todgeschwiegen worden wäre. Bei einer ähnlichen Sache im bairischen Landtag, wo die herrschende Klasse noch ganz „unter sich“ ist, kam es nicht einmal soweit und der einzige greifbare Vorschlag, welcher sich ergab, war der eines Pfaffen: daß jeder Jude, welcher sich im Speffart sehen lasse, todgeschlagen werden müsse, weil die Juden allein Schuld an allem Elend seien. Wer kann von solchen Menschen eine Verbesserung der heutigen Zustände erwarten? Kein vernünftiger Mensch. Sie kann nur von dem zum Bewußtsein seiner Lage gekommenen Volk selbst kommen.

welche der zivilisirte Mensch weit elender ist als der niedrigste Wilde, da er von all ihren tückischen Uebeln erdrückt wird, während man ihm täglich den verhöhnenden Anblick ihrer zahllosen Wohlthaten vor Augen stellt; — nein, für den Hochmuth der Gewalt...

„Die Einträglichkeit einer Beschäftigung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Nützlichkeit. Die unruhigsten Thätigkeiten erndten Ehre und Reichthum, während zum Beispiel der Bebauer der Erde, ohne den die Gesellschaft aufhören muß zu bestehen, mit Verachtung und Armuth kämpft. Die Arbeit ist zum körperlichen, die Ruhe zum geistigen Fortschritte nöthig: von der ersteren sind die Reichen, von der letzteren die Armen durch die unvermeidlichen Bedingungen ihrer Lage ausgeschlossen. Ein Zustand, welcher die Vortheile beider vereinigte, wäre den Uebeln keiner von beiden unterworfen.“

„Der Reichtum ist eine Macht, welche die Wenigen usurpirt (unrechtmäßig angeeignet) haben, um die Vielen zu zwingen, für ihren Vortheil zu arbeiten. Die Gesetze, welche das System stützen, schöpnen ihre Kraft aus der Unwissenheit und Leichtgläubigkeit ihrer Opfer; sie sind das Resultat einer Verschwörung der Wenigen gegen die Vielen, welche selber genöthigt sind, diese Bevorzugung durch den Verlust aller wahren Zufriedenheit zu erkaufen. Würden die zur Erhaltung des Menschengeschlechts nothwendigen Arbeiten gleichmäßig unter Alle vertheilt, so wäre der Antheil jedes Menschen an der Arbeit leicht und seine Ruhezeit groß.“

(Schluß folgt.)



—as. Berlin, 29. Januar. Wenn irgendein neues angebliches oder wirkliches Heilmittel entdeckt wird, so führt in die Menschen eine förmliche Wuth, alle und jede Krankheit mit diesem Remedium zu kurieren: es kommt in die Mode und beherrscht die Menschheit mit der ganzen Tyrannei derselben. Ganz dasselbe ist der Fall in der Politik, und speziell bei uns heißt das jetzt moderne Mittel Ausweisung. Bis jetzt wies man nur Sozialisten aus und in der öffentlichen Meinung hatte sich trotz der deutlichen Gefährdung über den Belagerungsstand die Ansicht festgesetzt, daß die Ausweisung überhaupt nur gegen Sozialisten verhängt werden könne. Diese Ansicht ist nun durchbrochen worden durch zwei letzter Tage gemachte Ausweisungen. Die Polizei glaubte nämlich, daß sich die Ausweisung nicht nur gegen Sozialisten, sondern auch gegen gemeine Verbrecher mit Erfolge anwenden lasse. Sie wies nämlich zwei mit dem Sozialismus absolut anker jedem Zusammenhang stehende Geschäftsleute (einen Barbier und einen Wollenwarenfabrikanten) aus, welche früher längere Zuchthausstrafen erlitten hatten, und kann sich dabei mit Jng auf § 28 No. 3 des Sozialistengesetzes berufen, welcher der Polizei das Recht gibt, „Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu beforgen ist“, den Aufenthalt in den betr. Bezirken oder Ortlichkeiten zu verbieten und wonach diese Befugniß sich nach einem Reichstagsbeschlusse auch auf Einzelne erstreckt. Wer weiß, ob nicht über kurz oder lang auch Fortschrittsmänner und weiter noch andere Oppositionelle die Annehmlichkeiten des Belagerungsstandes kennen lernen werden. Es ist noch nicht aller Tage Abend!

Auch zwei Ausweisungen von Sozialdemokraten sind wieder zu melden: die des (verheirateten) Tischlers Beege und des Cigarrenmoders Windhorst. — Wie ich erfuhr, soll die projectirte Hochverrathsklage in der famosen Geheimdruckerei-Wisare zurückgezogen sein und Werner lediglich auf Grund des Sozialistengesetzes angeklagt werden. Uebrigens soll sich auch herausgestellt haben, daß Werner keinerlei Verbindungen mit russischen Sozialisten hatte, sondern ganz auf eigene Faust handelte. — Uebrigens hat das sensationellste Bourgeoispublikum für das schnell in Nichts zerfallene nihilistisch-sozialdemokratische Verschwörungsbündniß bereits wieder ein anderes Schandethema als Ersatz. Gelegentlich einer Rednerin in der Wohnung eines hiesigen Kaufmanns fand ein Polizeibeamter nämlich auf einer Kommode ein Antikriegsgesetz, ein sog. Schrapnell mit Kugelfüllung und Schwereingang — jedoch ohne Sprengladung —, das der Betreffende vermuthlich der Kuriosität halber, vielleicht sogar aus Noedspatriotismus, aufbewahrt. Trotzdem schien aber die Sache gefährlich genug, daß das Gesetz beschlagnahmt und eine großartige Untersuchung eingeleitet wurde. Bedenklich war der Kaufmann wegen Uebertretung des Sozialistengesetzes verurtheilt; denn auf den Besitz von Waffen aller Art will sich der Staat allein das Monopol gewahrt wissen, wie er sich allein das Recht des Todes zugestelt!

Sonst ist von nichts als Noth und Elend zu erzählen. Selbstmord- und Entbehrungstodesfälle sind etwas Alltägliches. Kürzlich kam in einem bejahrten Mannes Zustand, nur nothdürftig bekleidet und halb ohnmächtig vor Hunger und Kälte, Abends ein etwa 60 Jahre alter Mann in eine „Penne“ und hat um Aufnahme. Obwohl er das Schloßgeld von 10 Reichsmark nicht entrichten konnte, wurde ihm in einem Stall eine Schlafstätte angewiesen, die er auch aufsuchte. Als er des andern Morgens geweckt werden sollte, fand man, daß der Mann eine Leiche war. Aus bei ihm vorgefundenen Papieren ging hervor, daß der Unglückliche ein früherer wohlhabender Kaufmann Namens Gottlieb B. aus Kildau bei Groß-Oglaun war. Vergangenen Sonntag erhängte sich ein Stepper. Auf einem Brett hatte er, mit Kreide geschrieben, hinterlassen, daß Arbeitslosigkeit ihn in den Tod getrieben. Und so fort. — Andere suchen der Noth wieder auf andere Weise zu entgehen. So fand kürzlich vor dem hiesigen Landgericht ein alter Mann, der Siergeselle Moldenbauer. Derselbe, schon wiederholt wegen Landfreierei bestraft, sollte am 11. November v. J. wiederum in Landarmenhaus zu Straßberg internirt werden. Die Verwaltung verweigerte jedoch seine Aufnahme, weil der Angeklagte das 65. Lebensjahr bereits überschritten hatte. Er, der auch in seiner Vaterstadt Schwedt a. O. seine Aufnahme mehr gefunden, sah sich nun des ersehnten Obdaches im Korrekthaus beraubt. Um nicht auf der Straße zu verhungern oder zu erfrieren, beging er das erwähnte „Verbrechen“ was ihn zunächst in Untersuchungshaft und schließlich auf die Anklagebank brachte. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängniß, auf welche die Strafkammer auch erkannte. Der Angeklagte hat zufrieden, seine Strafe sofort antreten zu dürfen!

Und während das Elend im Volk solche Früchte zeitigt, prahlt die Bourgeoispresse, daß längst auf einem einzigen Ballist in Kroll's Stablisement die noble Welt für 10,000 Mark Champagner (abgesehen von den andern Weinen) verschlemmt habe. Kann es eine vernichtendere Kritik für unsere gesellschaftlichen Institutionen geben, als diese trockene Aufzählung von Thatsachen?

\* Frankfurt, 31. Januar. Entgegen dem schmählichen Urtheil des hannoverschen Landgerichts über Kaufmann sprach das hiesige Landgericht gestern den ebenfalls wegen angeblicher Verbreitung der „Freiheit“ angeklagten Salomon Kaufmann frei und verurtheilte den Staat zur Bezahlung der im Gefängniß aufgewandten Kosten, sowie der Kosten der Rückkehr Kaufmanns nach London. Das Gericht nahm vollkommen sachgemäß an, daß die Mitwirkung an der Fortsetzung einer im Ausland erscheinenden, wenn auch verbotenen Zeitung nicht strafbar sein könne. Voraussetzlich wird die Staatsanwaltschaft Berufung ergreifen, da dies Erkenntniß für die verfolgungslustige Regierung überaus unangenehm ist. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

X. 3. Verden, 25. Januar. Wir haben ein Jahr des Stillstandes hinter uns, in welchem am hiesigen Orte für die Ausbreitung des Sozialismus nur wenig gethan worden ist; ja es herrschte eine Zeitlang eine Laueheit, die den Anschein erweckte, als habe das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie gelähmt. Jedoch erklärt sich dies dadurch, daß wir nach Einführung des Sozialistengesetzes die Taktik befolgten, uns die erste Zeit ruhig zu verhalten, damit die Polizei ihren ersten Feuererfolg erst auslote, welche Taktik sicherlich auch die richtigste war. Andererseits brachte sie freilich die schlimme Folge mit sich, daß das Ausruhen zur Gewohnheit zu werden drohte; denn es ist leichter in dem Schlaf, als aus ihm zu kommen. Indessen gab es doch auch — außer durch die ausländische Presse — bisweilen Ereignisse, welche eine Bewegung unter die Genossen brachte, und wirkten hier namentlich die polizeilichen Hausdurchsuchungen günstig. Doch sind letzter Zeit leider auch diese weniger geworden, weil sie für die Polizei resultatlos ausfielen, indem ein Sozialdemokrat so einem dummen Polizeisergen leicht eine Nase dreht. Mit Beginn dieses Jahres aber kam plötzlich ein reges Leben unter die hiesigen Genossen und Arbeiter. Am Neujahrstage wurden als Neujahrsgruß unserer Partei hunderte von sozialistischen Flugchriften vertheilt, zum großen Schrecken und Aerger der Bourgeois, Ausbeuter, Pfaffen etc. Dafür riefen unsere Flugschriften aber bei den Arbeitern desto größere Freude hervor. Sahen sie doch, daß es trotz aller Ausnahmegesetze und der schwärzesten Reaktion in Deutschland noch immer Leute gibt, welche sich die Wahrheit zu sagen und für die Interessen des gebückten arbeitenden Volkes einzustehen getrauen. Der Erfolg dieser Agitation unter den Arbeitern für unsere Prinzipien ist, gerade angefaßt der gegenwärtigen Noth, ein sehr bedeutender und er wird auch ein dauernder, fortwirkender sein. Bei den Gegnern mag die Ueberraschung nicht gering gewesen sein, da die Schwachköpfe die Sozialisten für längst todt hielten, während sie doch jetzt ein so deutliches Lebenszeichen von ihnen erhielten. Bei den Gesinnungsgenossen aber hat sie eine große Begeisterung hervorgebracht.

Kaum hatte sich die Aufregung etwas verringert, da kam ein neues Ereigniß, das zur weiteren Anfeuerung für die Sozialisten

diente. Unsere gute Polizei, der ich eben den Vorwurf machte, daß sie nachlässig geworden sei und nicht mehr wie früher für uns wirke, erfaßte nämlich eine gute Gelegenheit, ihre Verschämniß wieder nachzuholen. Es hielt sich hier ein Schweizer, Namens Freudiger, auf, der bei der Polizei bald als Sozialist bekannt wurde. Als bei einer Hausdurchsuchung im Privatbesitz Freudigers mehrere sozialistische Schriften gefunden wurden, da warnte ihn die Polizei, daß er unfehlbar ausgewiesen würde, wenn er sich ferner an „sozialistische Experimenten“ betheiligte; die vorgefundenen Bücher aber wurden rechtswidrig konfisziert. Freudiger beschwerte sich nun bei der Aufsichtsbehörde, welche die Beschwerde jedoch nicht berücksichtigte, worauf Freudiger Berufung an das Ministerium ergriff. Nach längerer Zeit, den 11. Januar, erhielt er endlich Antwort durch die hiesige Polizei, welche ihm eröffnete, daß seine Beschwerde von dem Ministerium als berechtigt anerkannt sei, weshalb er hiemit seine Bücher zurück erhalte. Aber zugleich wurde ihm eröffnet, daß die Vermuthung nahe liege, daß er noch in sozialistischem Sinne thätig wäre, weshalb er als Ausländer ausgewiesen werde! Nun, der eigentliche Grund von Freudigers Ausweisung liegt klar zu Tage: er hatte das Sozialistengesetz nicht verletzt; aber er mußte fort, weil er kein Recht verlangte! Derselbe ist in einem Polizeistaat unterzeichlich — da hat man nur zu gehorchen. Als dieser gemeine Polizeistreich bekannt wurde, entstand unter den Gesinnungsgenossen eine große Aufregung, denn Freudiger war ein tüchtiger und beliebter Gesinnungsgenosse. Aber diese Aufregung führte nicht zur Entmuthigung, wie die Polizei vielleicht gehofft hatte; im Gegentheil, durch die Erbitterung wurden die trägen Genossen angeregt. Es wurde dem Ausgewiesenen eine Unterstützung zu Theil, wie wir sie hier noch für keinen Genossen hatten aufzureden können; einer wollte noch lieber thätig für ihn sein, wie der andere und jeder wollte bei seiner Abreise ihm noch eine Gefälligkeit erweisen. Und obgleich die Polizei befohlen hatte, daß jede Demonstration unterbleiben solle, so hatten die Gesinnungsgenossen den Morgen vor seiner Abreise sich ungefähr 100 Mann stark mitten in der Stadt in einem Lokale zusammengefunden, von wo er in seine Wohnung geiet wurde, um seine Frau abzuholen. Auf dem Bahnhof hatten sich während dessen außer diesem Geleit noch zahlreiche Genossen und deren Frauen und Neugierige eingefunden, so daß der Perron überfüllt war. Und als Freudiger in den Zug stieg, wurde ihm ein Sängergruß gebracht und auf ihn und seine Frau ein dreifaches Hoch, sowie auf die Sozialdemokratie ein rauschendes Hurrah gebracht. Alles dieses ist ein Beweis dafür, daß die hiesigen Genossen durch dieses Polizeistückchen nicht entmuthigt worden sind; ja wir sind fest überzeugt, ein solcher Opfermuth und eine solche Begeisterung hätte sich der Genossen ohne die gute Polizei nicht bemächtigt und wenn die Polizei so fortfährt, verpricht dieses Jahr gut zu werden. Unser Lokalblättchen, das „Verderber Anzeigerblatt“ — ein miserables Abfallblatt, dessen Verleger nicht einmal im Stande ist, die Scheerenarbeit selbst zu leisten, sondern sich dazu eines Mannes bedient, der von Glück sagen kann, daß man ihn übersehen hatte, als man damals auf Grund der Raigesehe die Jesuiten auswies — stellte gelegentlich der Ausweisung die naive Frage: ob er wohl freudig Deutschland verlassen. Als ob es Einem schwer werden könnte, einen Staat zu verlassen, der sich immer mehr in eine große Kaserne umwandelt, wo Armuth, Bettel und Verbrechen epidemisch werden, wo das Recht mit Füßen getreten wird, der Gründer des Reiches blüht, und der Hungerpöbel auf der Tagesordnung steht! Das eine, was ihm am Herzen liegt, das Bewußtsein, daß es einmal und in nicht zu fernem Zeit besser wird, das nimmt er mit nach der Schweiz!

× Mannheim, 17. Januar. Auch wir fühlen uns verpflichtet, unsere Ansicht über die in neuerer Zeit so viel besprochene Taktik der Partei kundzugeben und zwar einestheils, um unsern gewählten Vertretern zu wissen zu thun, daß auch wir die Wege, die sie eingeschlagen, für die richtigen halten, anderntheils, um der „Freiheit“ zu beweisen, daß sie, trotzdem wir sie jetzt bereits ein ganzes Jahr unparteiisch gelesen, nicht im Stande war, uns zu ihrem nagelneuen Abstentions- und Aktions-Evangelium zu belehren. Es verrieth eine wiale Unkenntniß unserer Bewegung — um nicht mehr zu sagen —, gleich der Redaktion der „Freiheit“ zu behaupten, die deutschen Sozialisten ständen nicht mehr auf dem Boden, auf dem wir früher gestanden, und wir seien jetzt, da die Zeit für uns erster wird, „zu feig“, um mit allen Kräften für unsere Prinzipien zu kämpfen; oder wenn man ferner glaubt, die Betheiligung an den Wahlen verleihe das Volk zu dem Wahne, daß unsere Prinzipien nur durch das Parlament verwirklicht werden könnten. Wir bleiben bei der Ansicht, daß wir uns so lange an den direkten Wahlen selbstständig betheiligen sollen, als wir an Zahl im Verhältniß zu unsern Gegnern Fortschritte zu verzeichnen haben oder unsere alte Stellung behaupten können, und zwar nur aus agitatorischen Gründen. Daß wir uns aber mit Erfolg an den Wahlen betheiligen können, das haben wieder die vergangenen Wahlen bewiesen, und können wir mit Bestimmtheit sagen, daß wenn die nächste Wahl an uns herantritt, nicht nur die Partei im Allgemeinen, sondern auch wir hier neue Fortschritte aufzuweisen haben werden. Und nicht allein bei der Reichstagswahl werden wir unsere Stimmenzahl vermehren, sondern auch bei den Stadtverordnetenwahlen werden wir die Anzahl unserer bis jetzt gewählten Vertreter mindestens verdoppeln. Daß das Volk durch unser Wählen nicht irre geführt und falsch erzogen wird, dafür werden die deutschen Sozialisten trotz Verschärfung des Ausnahmegesetzes schon zu sorgen wissen! Mögen die Begründer der „Freiheit“ daher recht bald zu der Einsicht gelangen, daß sie durch ihre Polemik gegen unsere Vertreter — welche uns sehr empört hat, wie z. B. die unqualifizirbaren Aeußerungen über Liebknecht und andere Genossen gelegentlich der „Eidfrage“ — unserer Bewegung einfach nichts nützen, sondern ihr nur schaden, und darnach handeln.

Bei dieser Gelegenheit fühlen wir uns veranlaßt, zu erwähnen, daß der Korrespondent von der Vergstraße (? oder sitzt er in London?) in Nr. 1 der „Freiheit“ vollständig falsch unterrichtet ist, wenn er glaubt, das Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ sei uns zu „schaaal“. Seine Umschau „nach dem Eindruck der Offiziellen von Zürich“ kann nicht weit her sein, denn kein Abonnent der beiden Blätter sowohl, als auch kein bekannter Genosse weiß etwas davon. Wir weisen das einfach zurück! Ein Mannheimer Genosse im Namen vieler.

w. n. Aus Schwaben, 17. Januar. Obgleich in Nr. 8 und 12 schon Korrespondenzen aus Schwaben erschienen sind, die theilweise unser Parteileben und die Lage der unteren Volksklassen beleuchten, so finde ich mich doch veranlaßt, auch das Meinige dazu beizutragen, die Schäden, an denen unser Parteileben krankt, nach einer anderen Seite hin aufzudecken. Da ist es zuerst meiner Ansicht nach ein großer Fehler, warum unsere Partei noch nicht gehörig erstarft ist, daß die Genossen fast immer und überall der sogenannten Volkspartei den Vortritt überlassen. Der Grund, warum das geschieht, ist wohl hauptsächlich in der noch stark verbreiteten, ganz unrichtigen Ansicht zu suchen, als sei die Volkspartei das geringere von zwei Uebeln, und man müsse sie deshalb thunlichst bei den Wahlen unterstützen, auf ihre Blätter abonniren und dieselben möglichst zu verbreiten suchen. Als ob die Volkspartei als politische Partei überhaupt existirte und nicht lediglich ein Scheinleben fristet! Von Demokratie ist keine Spur in ihr vorhanden, ausgenommen vielleicht theilweise die einzelnen Organe, die sich aber größtentheils nur mit Ach und Krach über Wasser halten können und die, während sie im politischen Theil nicht genug zu zeteren wissen, über die Schwindelleien und über die Gesinnungslosigkeit der nationalliberalen Volksvertreter, gleichzeitig im Anoncentheile spaltenlange Empfehlungen und Reklamen für jeden Schwindel abdrucken, die heute den schmählichen Geheimmittelschwindel bei seinem wahren Namen nennen, morgen im Anoncentheile die Dr. Kyrliche Schrift und seine Heilmethode preisen — natürlich für Geld. Gehe man doch hin in die Städte, in welchen sogen. Demokraten in den Rathhäusern sitzen, und frage nach, ob irgend ein Unterschied zu finden ist zwischen den „Preußen“ und den Volksparteilern, und man wird finden, daß es höchstens der ist: daß die sogen. Preußen ihren Wählern weniger Freiheit und Verbesserungen versprochen, sie also weniger täuschen, während auf der „demokratischen“ Seite regelmäßig die Versprechungen, die den Wählern gemacht wurden, auch gebrochen wurden. Oder aber: man frage nach, ob die Ausbeutung des Arbeiters und Lehrlings nicht hier wie dort raffiniert betrieben wird, ob — und das möge jeder Parteigenosse bedenken — die Volkspartei unsere Wahlvorschläge unterstützt, oder ob sie nicht fast regelmäßig ebenso oft Front macht gegen uns, wie die „Preußen“? Wozu uns denn immer nach dieser nichts weniger als demokratischen Partei richten?

Antwort: sie hat, weil sie der bestehenden Klasse oder doch wenigstens dem Mittelstand zuzählt, die Mittel, um die Wahlkämpfe zu bezahlen zu können, und es ist so schön, Nichts mehr für unsere Parteizwecke leisten zu dürfen. Ueberhaupt strebt es in letztem Punkte bei uns vielfach so faul, daß ich nicht vorbei segeln kann, ohne dies konstatirt zu haben. Mit Ach und Krach wurden für Inhaftirte die wenigen Mark zusammengestrotelt — ich weiß keinen anderen Namen dafür. Einzelne Genossen sind es gewesen, die immer und immer wieder Opfer brachten und es heute noch thun, während die Mehrzahl und nicht die am wenigsten Bemittelten einfach „sparten“. „Ja, ich muß sparen“ mit diesem Trost konnte der Beitragsammler abziehen, oder: „3'erste muß i' greffe han!“

Es ist das freilich ein heikler wunder Punkt, er ist aber wahr und deswegen heraus damit. Soll es in Schwaben besser werden, so muß nicht bloß die alte Opferwilligkeit wieder lehren, sondern sie muß noch bedeutend wachsen, damit wir zur nächsten Reichstagswahl nicht ungewappnet sind, und damit auch an und herantretende Gemeindevahlen uns mit einer ergiebigen Kriegelasse versehen finden. Indem ich diese ernste Warnung erlasse, spreche ich dabei zugleich auch denjenigen Genossen meinen Dank aus, welche seither fest auf den Schanzen standen und die oft einzig und allein die Mittel beisteuerten, um uns die Agitation im Geheimen nicht ganz eingefrieren zu lassen. Die Volkspartei aber soll in uns fest und immer ihren Gegner finden — bis sie demokratisch wird. Es ist dieß nicht allein meine persönliche Ansicht, ich habe sie schon (und speziell erst in der neuen Zeit wieder in dem gänzlich parteilosen Blatte „Das Vaterland“) häufig vorgefunden. Denke Jeder ein paar Jährchen zurück, vielleicht findet er in seinem Hirnkasten die Bestätigung des Obigen. Jedenfalls muß aber für die Agitation — und die letztere ist, richtig angepaßt, gar nicht so gefährlich — mehr geschehen wie bisher; leider drückt sich so Mancher um die Ecke mit der Behauptung: „Wirklich kann man nichts thun, es ist ja Alles verboten!“ Nun, eben gerade weil „Alles“ verboten ist, muß es geschehen; wir werden doch nicht so feig sein, bloß das zu thun, was erlaubt ist!

Scheeren wir uns den Teufel darum, was Alles verboten wird und lassen wir die deutsche Postbehörde immer unsere Preferenzgenosse verbreiten. Und an letzteren fehlt es nicht, so wenig als an Leuten, die verdammt froh sind, nur so ein verbotenes Blatt zu erhaschen. Unser oberster Grundsatz bleibe dabei eben: Laß dich nicht erwischen und letzteres kann bei einiger Klugheit unschwer vermieden werden. Also frisch ans Werk!

### Frankreich.

— Paris, 29. Januar. Die Affäre des von der „republikanischen“ Regierung dem russischen Zarenthum zu Liebe ausgewiesenen Sozialisten Alifoff aus Nizza geht doch nicht so unbemerkt und ungerügt vorüber, wie es unser „liberales“ Kabinet wohl wünschen möchte. Wir, die Freunde Alifoffs, haben die skandalöse Geschichte an die Öffentlichkeit gebracht, indem wir den Hergang an die meisten Pariser Blätter berichteten. Aber die „radikalen“ Organe haben unserm Drängen, sich der Sache Alifoffs anzunehmen, erst nachzugeben, nachdem wir sie zu wiederholten Malen aufgefordert hatten. Und auch dann haben die meisten derselben, ihrer Gewohnheit gemäß, die Sache sehr oberflächlich, ich möchte fast sagen in wogelndem und tändelndem Tone behandelt. Eine lobenswerthe Ausnahme hiervon hat — außer unsern Parteiblättern natürlich — nur die „Lanterne“ gemacht. Diese, mit der wir uns sofort in Verbindung gesetzt haben, hat sich des Ausgewiesenen mit Feuererfreu angenommen. Seitdem wir die „Lanterne“, deren politischer Einfluß ein bedeutender ist, zur Bundesgenossin im Kampfe wider die Präfecten (ich wollte fast sagen Satrapen-) Willkür rechnen dürfen, haben wir gute Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Alifoff'schen Frage. Wenn nicht alle Anzeigen trügen, so kommt wohl die Sache bald in Form einer Interpellation vor's Parlament. Welchen Ausgang die Debatte dort nehmen wird, muß bei der bekannten servilen Natur der Linken fürs erste dahingestellt bleiben. Soviel aber steht schon heute fest: künftighin werden sich die Herren Präfecten



wohl oder übel zweimal umsehen, ehe sie einen Sozialisten, bloß weil er Sozialist ist, über die Grenze speidern. Man mag noch so sehr Präsekt sein, man liebt den Lärm nicht und eine Überberufung hat doch ihre Unannehmlichkeiten!

Seitdem die „Lanterne“ den Kampf gegen den Nizzaer Präsektien eröffnet, hat dieser vollends den Kopf verloren. Gestern ließ der Präsekt Braucion bei Madame Nissoff und ihrer Hebamme Haussuchung machen, um zu erfahren, ob erster wirklich so krank gewesen ist, wie die Blätter berichten! Dieses schmachvolle Gebahren der französischen Regierungsbeamten darf aber trotz seiner Gemeinheit nicht allzulehr Wunder nehmen; ist doch auch der Abgott der französischen Bourgeoisie, der Heiligste unter den Heiligen, das Muster aller „liberalen und echten Republikaner“, Thiers, seiner Zeit beflissen gewesen, bei der Herzogin v. Berry Hebammendienste zu leisten. Thiers a fait école, und der Nizzaer Präsekt folgt hierin bloß der Tradition der „großen“ französischen Regierungsmänner. Wahrlich, die Moral der herrschenden Klassen aller Länder steht so tief, daß sie kaum mehr niedriger sinken kann.

Friedrich Stadelberg.

### Italien.

\* Sollte man es für möglich halten — schreiben die „Estat. unis d'Europe“ —, daß ein besonderes Rundschreiben des Ministeriums den Präsekten vorschreibt, die Auswanderung zu verbieten und auf jede mögliche Weise zu hindern? Den Armen, welchen man weder Arbeitsverdienst noch Unterstützung sichern kann, und denen, wenn sie nicht Hungers sterben, sich selbst umbringen oder sich durch ein Verbrechen Unterkunft in einem Gefängnis verschaffen wollen, gar kein anderer Weg übrig bleibt, als ihr herzloses „Vaterland“ zu verlassen und sich eine neue Heimath zu suchen, — auch noch diesen friedlichen Ausweg zu verperren, ist eine absurde Brutalität. Ober will man etwa die italienischen Proletarier zu einer gewaltsamen Erhebung zwingen? Jedenfalls gäbe es dazu kein geeigneteres Mittel. Es ist ohnehin schon genug Rindstoff angehäuft auf der Appenninhalsinsel und vergeht fast keine Woche, wo es nicht da und dort zu Ausbrüchen der Verzweiflung des hungernden Volkes kommt, bei welchen das republikanische Element zusehends wächst.

Auch die Ablehnung der Abschaffung der überaus drückenden und verhaßten Mablsteuer seitens des Senates muß die schon bestehende Erbitterung des Volkes gegen die drückende Klassenherrschaft außerordentlich vermehren. Seit dem Juli 1868 bis zum August 1879 hat diese Steuer den 22 Millionen Italienern, welche nicht genug Polenta oder schwarzes Brod zu essen haben, nicht weniger als 120 Millionen Lire jährlich aus der Tasche genommen. Und doch sind von diesen 1320 Millionen Lire nur 682 wirklich in den steis leeren Staatskassas geflossen, während das Uebrige durch die Einhebung der Steuer von einer Anzahl von großen und kleinen Böllern und Bütteln verschlungen wird. Wenn man hierzu noch die zahllosen sonstigen Steuern und die elenden Erwerbs- und Lebensverhältnisse namentlich der Landbevölkerung rechnet — kann es da Wunder nehmen, wenn alljährlich über 130,000 Italiener in die weite Welt ziehen? Und bedarf es bei solchen Verhältnissen erst „Wählerreien gewissenloser internationalistischer Agitatoren“, um das arme, bedrückte Volk zum Aufruhr zu treiben, oder ist es nicht vielmehr eher zu verwundern, daß das Volk noch so viel Geduld hat und es nicht längst zu größeren Erhebungen gekommen ist?

### Großbritannien.

\* Trotz aller Bemühungen der Regierung und der tonangebenden Presse, die Mißstände in Irland todzuschweigen, resp. die Sache so darzustellen, als ob alles ganz in Ordnung und die auf der grünen Insel herrschenden Unruhen lediglich durch böswillige Wähler und räuberisches Gesindel hervorgerufen wären, beginnt sich die öffentliche Meinung Großbritanniens doch mehr und mehr mit den irischen Zuständen zu befassen und sie mit etwas weniger Vorurtheil zu beurtheilen. Am 24. Januar hielt das liberale Parlamentsmitglied John Bright in Birmingham eine Rede, welche ein vollständiges Zugeständnis der Berechtigung der Bestrebungen der irischen Landreformliga ist. Die Irländer — sagte Bright — sind notorisch bedrückt und daher loyal; letzteres mit Recht, da sie seit Jahrhunderten tyrannisiert und ausgebeutet werden. Infolge der systematischen und grandiosen Landdiebstähle Englands befindet sich der größte Theil des Landes in den Händen von wenigen Personen und zwar von Nichtirländern. Von den 20 Millionen Acres Irlands gehören 6 1/2 Millionen, also gerade der dritte Theil des Gesamtareals 292 Personen; 744 Grundbesitzer haben 9,612,000 Acres inne und im Ganzen gibt es 122 Gutsherrn, von denen ein Jeder über 100,000 Morgen besitzt! Dieses Mißverhältnis wird durch verschiedene Umstände noch unerträglich gemacht. Irland hat nicht, wie Schottland und England, eine bedeutende Industrie und die ganze Bevölkerung ist in Folge dessen auf Ackerbau und Viehzucht angewiesen; ferner kommt dem Lande selbst so gut wie nichts von den Revenuen der Grundbesitzer zu gut, da diese entweder in England oder auf dem Kontinent leben und dort ihre Einkünfte verschwenden. Die Mittel zur Abhilfe, welche Bright angibt: Aushebung der Fideikommiss, Verkauf der Korporationsländereien, Privatlandkäufe mit Unterstützung der Regierung etc., sind freilich nur kleinliche Palliativ, die auf die Dauer keineswegs Besserung schaffen könnten. Aber wenn sich erst einmal die Ueberzeugung von der Unabwendbarkeit einer radikalen Aenderung der jetzigen irischen Agrarverhältnisse Bahn gebrochen, dann wird die richtige Form sich schon finden und Geltung verschaffen.

Eine treffende Darstellung der Gründe des irischen Nothstandes lieferte Dr. Mulcaby in Newark in dem dortigen irischen Sympathieemeeing. Nur die englische Regierung, sagte er, und nicht eine Mehrheit ist schuld an allen irischen Hungersnöthen gewesen. Die Farmerbevölkerung wird durch Marter-Renten so ausgebeutet, daß sie gezwungen wird, ihr Korn und ihr Vieh, ihre Butter und ihren Speck, ihre Hühner und Eier zu verkaufen, um die Renten zu zahlen. Die Löhne und Arbeitsverträge sind so gering, daß der Arbeiter keine theurere Nahrung als Kartoffeln kaufen kann, und daß Korn und Fleisch keinen Theil der Nahrung der Farmer bilden. Im Jahre 1847, zur Zeit der größten Hungersnoth, wurden Lebensmittel genug aus Irland ausgeführt, um die vorhandenen acht Millionen zu ernähren. Folglich hatte Irland keine Hungersnoth aus Heilernte und hätte keine gehabt,

wenn die Irischen Selbstregierung gehabt hätten. Im Hungerjahre 1822 führte Irland für Pfd. St. 4,518,832 (90 1/2 Mill. Mark) Lebensmittel aus, und von 1821—23 den ungeheuren Betrag von Pfd. St. 16,000,000 und darüber (320 Mill. Mk.), während sonstige irische Bodenerzeugnisse bis zum Werthe von Pfd. St. 10,000,000 ins Ausland gingen, um Rente zu bezahlen. In den Hungerjahren 1808—10 betrug die Getreideausfuhr 2,170,000 Quartiers (6 1/2 Mill. Hektoliter) und 1814 hatte sie den Geldwerth von Pfd. St. 3,000,000 (60 Mill. Mark), wovon das Meiste nach England ging. Die Ausfuhr von Butter in den Jahren 1812—15 betrug 440,000 Zentner à Dollar 25 — kurz, in diesen Jahren führte Irland für Pfd. St. 40,000,000 Bodenerzeugnisse aus, wovon das Meiste abwesenden Landeignern zusiel, welche es anderswo ausgeben. Dieselben Bemerkungen von der überschwenglichen Fruchtbarkeit Irlands und seiner Arbeitskraft passen auf jedes solche Hungerjahr: es war so 1757, 1753, 1741, 1734, 1728, 1672, 1546, 1497, 1433 und früher. Diese Hungersnöthe waren alle nicht durch „Ueberdüngung“, nicht durch „Heimfuchungen Gottes“, nicht durch „migrathene Kartoffelernten“ verursacht. Es gab eine Hungersnoth 1672, als die Bevölkerung bloß eine und eine Viertel Million betrug. Es gab welche zur Zeit der Königin Elisabeth, da man Korn auf dem Felde verbrannte, wie zur Zeit der Victoria, da man es in Scheunen sammelte und Alles nach England schaffte. Es gab welche, ehe man Kartoffeln kannte, wie seitdem man sie kennt. Denn Marter-Renten müssen bezahlt und abwesende Grundherren müssen müheelos bereichert werden.“ Wie lang wird sich das Volk noch weiter ausdrücken lassen?

### Rußland.

\* In Petersburg, wo nach der Meinung und Behauptung der zarischen Polizei die Nihilisten längst ausgerottet sein sollten, hat man wieder einmal eine geheime Druckerei entdeckt. Nachdem schon am 15. Januar einer der Redakteure der „Korodnaja Wolja“ verhaftet worden war, fand die Polizei in der Nacht vom 29. zum 30. Januar gelegentlich einer Hausfuchung einen Theil der Druckerei des Organs des Exekutivkomite's. Als sie an dem betreffenden Haus anlangte, fand sie die sämtlichen Eingänge verschlossen. Nachdem die Hausthüre erbrochen worden war und die Polizei eindrang, erlöste aus dem Innern ein Schuß, welchem alsdann mehrere weitere Schüsse folgten. Die Polizei betrat nebst Gendarmen die genannte Wohnung und fand daselbst drei Männer und zwei Frauen vor, welche fortzuführen zu schießen, wobei ein Polizeioffizier kontusionirt wurde und einer der Einwohner sich durch einen Revolververfuch tödtete. Nach der Verhaftung der Bewohner wurde das Haus durchsucht, wobei eine Druckerpresse und eine enorme Masse der soeben gedruckten „Korodnaja Wolja“, sowie Waffen und Explosionsstoffe gefunden wurden. Auch in Moskau sollen große Mengen revolutionärer Proklamationen in russischer und polnischer Sprache, sowie 12,000 Rubel Agitationsgelder gefunden worden sein.

Es ist bei einer ausgebreiteten Agitation unvermeidlich, daß die schweifende Polizei hie und da einen glücklichen Fang macht; sie wird wohl noch manchmal in die gleiche Lage kommen, ohne daß sie deshalb im Stande ist, den Revolutionären einen Hauptschlag oder irreparablen Schaden zuzubringen. Solange die Entstehungsbedingungen des „Nihilismus“ vorhanden sind, wird es der russischen Regierung ebensowenig gelingen, den Nihilismus, als der deutschen, den Sozialismus auszurotten. Im Gegentheil: in der Schule der Verfolgung einigt und stählt sich eine Partei und bereitet sich vor auf die Zeit des Handelns.

### Sprechsaal.

Verehrliche Redaktion! In Nr. 5 der „Freiheit“ wird ein „Bernstein“ unterzeichneter Brief veröffentlicht, der anlässlich einer Korrespondenz über den Schriftsteller Werner den „Sozialdemokrat“ in ganz unqualifizirbarer Weise angreift, ihm ohne jedes Recht die sozialdemokratische Gesinnung abspricht und dem betr. Korrespondenten unterschiebt, er habe Werner als Polizeispiegel hingestellt. Bei der unsozialistischen Schäßigkeit, welche die „Freiheit“ dem „Sozialdemokrat“ von seiner ersten Nummer an angedeihen ließ, liegt mir daran zu erklären, daß ich mit jenem Briefschreiber absolut nichts zu thun habe. Ich müßte mich sehr irren, wenn hinter diesem „Bernstein“ nicht dieselbe Persönlichkeit steck — obwohl es mir absolut unerfindlich ist, warum der Herr nicht seinen wahren Namen unterzeichnet, halte ich mich doch nicht für berechtigt, das Pseudonym des Schriftstellers ..... g zu lästen —, die schon 1876/77 in Leipzig sich meinen Namen beilegte und durch taktloses Gebahren mir und einem russischen Freunde sehr große Unannehmlichkeiten zuzog. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Eduard Bernstein.

### Warnung.

Robert Schönhaals, „genannt“ Alfred Reßner, Schlosser, hat sich — aus der Schweiz kommend, wohin er wahrscheinlich auch zurückgekehrt sein wird — in den letzten Wochen hier herumgetrieben und verschiedene Parteigenossen, sowie einen Gastwirth, der ihm bereitwillig Kost und Logis gewährt hatte, unter schwindelhaften Vorpiegelungen unverschämmt betrogen. Die Parteigenossen Deutschlands und der Schweiz werden vor diesem Subject dringend gewarnt.

Nürnberg, Ende Januar 1880.

Der Vertrauensmann.

### Briefkasten der Expedition:

Paul — den: Natürlich Weinids mich ei und nicht rieder. Der Seher traute ihm eine zu feine Nase zu. Wir kennen Michels Gewohnheiten. Stellt ihn unter gewissenhafte Wapopolizeiaufsicht, so bannt man ihn beim Bier und besorgt ihm das Auswärtige mit Wase, denn Michel ist unbedingt, wie seine Wadruiter. — +++—id: Kotig erhalten. Diebesfischer nur mit „Feldjäger“ lieferbar, der kann nicht gestrichelt werden. Genennen Sie dort einen sichern, wir werden ihn „beritten machen“ und Alles gemeinschaftl. an der „Bande“ vberbeibringen. — W. Obn: Geld u. Bfe. erhalten. Alles abgehandelt. Aber Ihr Landeshauptpostamt

will Ihren Ort nicht kennen und am Aufgabort steht's auch so, während Ihre Briefe etc. mit demselben Ortsnamen gekempelt sind, welchen das angeblich Unbestellbare als Adresse trägt. Sonderbar. Was nun? — W. Ka: Alles düntlichst abgegangen. Die „Kerrie“ fehlen neuerdings wie die „Altarhüter mit dem Vorkhorn“. Werden Erfolg senden, der ihnen nicht an den Fingern hängen bleiben soll. — Lausiger Rothhaut: Der weiße „Ward“ kennt keine Kreuze? Die „Dreie“, die mir aber jzt nochmals abgehandelt, soll er auch nicht kennen. Weiteres dementsprechend vorgemerkt. — Art. Arg.: Auch Ihre Lieben sind Scheints von der kaiserlich-königlichen Langfingererei ergattert worden, denn abgereist sind sie sämtlich. Werden Nachschub besorgen. — O—get. Nr. 20 erhalten. Erste Edg. durch Bänder. Weiteres nach Angabe an „1“ besorgt. Das Unter mit „5“ hoffentlich auch. Derz. Grüße. — +++Dimmelndwitt: Nr. 40 erhalten. Alles ohne Unterschied stets präzis besorgt. Spittel nicht, aber früher einen sicher geglaubten intr. unanten Hilfsarbeiter, der „breedig“ genug war, (um mit General-Bum-Bum zu reden) für diesen unter der Hand einige Adressen bei uns zu mausen und so die „Freiheit“ retten zu helfen. Non olet! Diso: unerreichbar. Erfolg besorgt. Bf abgegangen. Konzentrisches Warschau dorthin unerlässlich. Neuer Speisegettel erwartet. — Anselmus: Nr. 20 u. drei Bfe. erhalten. Der Gesalbte reißt, wo trifft er sich sicher? Auch O. geordnet. Bfe. am 3. d. an Dich abgeg. Best. Gruß. — Rothhaut, Dn.: Kuriges besorgt, wie briefl. gewünscht. Unres hoffentlich auch. — T. Inabit: Veränderung vorgemerkt. Gruß — Bsch. O.: Am 30./1. Schrift. abgeg. Nr. 4, 10 in Ordnung. — Schp. O. Nr. 3 eingeg. Edg. 1—5 abgeg. — E3 — den: Bekleites kostet Nr. 15, 50 franko. Wegen Kaummangel Kürzgn nötig, ebendeshalb stets möglichst gedrängte Bezüge erbeten. Alles Besentliche blieb. — J. P. Ad.: Geld erhalten und Postbericht. Werden darauf zurückkommen. Derz. Dank u. Gruß. — Hfm. Kph.: Allerdings. Fr. 2, 10 u. Fr. 1, 70 an „Egm.“ verrechnet, so daß Fr. 6, 20 auf Ihr Konto bei uns bleiben. Weiteres besorgt wie Sie sehen. — Omnibus: Was bezahlt hat, erhält sein 1. Qu. seit Anbeginn prompt gesund und stets Crap für Reklamirten mit darauf folgender Kammer trotz Alledem. — G. B. a. d. Wese: „3“ am 23./1. reichlich abgegangen und so gendes ebenso präzis. Hoffentlich indig engtrossen. Erfolg trotzdem veranlaßt H... E. K. erlöschten. — R. E. — gldt.: „1—4“ jzt. abgeg. Kotig beigelegt. Wegen 80er Wdr. Rothzügler geworden. Wv.-Spinnerei Ugnach (St. Gallen) liefert gut. — R. S., Ejen.: Nr. 3 erhalten. Weiteres wird besorgt. — Ferdinand: Alles besorgt. Am 1. u. 3./2. Briefe an Dich abgegangen. Derz. Grüße Allen. — Barba: Theile mir bald mit, wie und wo der Besuch v. 27./1. erledigt wurde.

### Arbeiterpresse.

Wir sehen mit den nachfolgenden sozialistischen oder dem Sozialismus nahestehenden Blättern in Zusammenhang und benützen dieselben zu unseren Informationen:

- Arbeiterfreund, Reichenberg (Böhmen), zweimonatlich.
- Arbeiter-Wochen-Chronik, Wodapest, deutsches Organ der sozialdemokr. Arbeiterpartei Ungarns, wöchentlich.
- Arbeiter-Zeitung, Wilmkaufer, wöchentlich.
- L'Atto, Livorno, wöchentlich, (italienisch).
- Budoucnost, Prag, zweimonatlich, (tschechisch).
- Bulletin of the social labor movement, offiz. Organ der sozialdem. Arbeiterpartei Nordamerica's, Cincinnati, monatlich.
- Delnické Listy, Prag, zweimonatlich, (tschechisch).
- L'Egalité, Saint Cloud bei Paris, wöchentlich.
- Rad. 1, Chicago, wöchentlich.
- La Fédération, Marseille, vom Pariser Kongress bestellenes Organ der 3. organisirten französischen Arbeiterpartei, monatlich.
- Grüniliner, Organ des Grönländers, Bern, halbmöndentlich.
- Journal historique, von E. Chevalier, Paris, wöchentlich.
- La jeune Icarie, Organ der irischen Gemeinde, Iowa Ver. Staaten, halbmöndentlich.
- Il Movimento sociale, Rompel, wöchentlich.
- Le Mirabeau, Organ der wallonischen Sektionen, Perriers, wöchentlich.
- Népszava, Budapest, magyarisches Organ der sozialdem. Arbeiterpartei Ungarns, wöchentlich.
- N. J. Volkszeitung, New-York, täglich und Wochenausgabe.
- Neue Gesellschaft, Monatschrift für Sozialwissenschaft, Zürich.
- Den nye Tid, Chicago, wöchentlich (skandinavisch).
- O Operajo, Porto, wöchentlich (portugiesisch).
- La Plebe, Mailand, wöchentlich, (italienisch).
- Le Proletaire, Saint Cloud bei Paris, wöchentlich.
- Le Précurseur, Genf, wöchentlich.
- La Réforme politique et sociale, Lyon, wöchentlich.
- La Revue sociale, 103. Monatschrift, Saint Cloud bei Paris.
- Phil. Tagblatt, Philadelphia, täglich.
- Rownoso, Organ der polnischen Sozialisten, Genf, monatlich.
- Recht voor Allen, Amsterdam, wöchentlich, (niederländisch).
- La Revista social, Barcelona, wöchentlich.
- Le Révolté, Genf, halbmöndentlich, (anarchistisch).
- Den Sozialdemokraten, Kopenhagen, wöchentlich (dänisch).
- Stimme des Westens, St. Louis (Nordamerika), täglich.
- Die Tagwacht, Organ der sozialdem. Partei d. Schweiz und des Schweiz. Arbeiterbundes, Zürich, halbmöndentlich.
- Le Travailleur des villes et campagnes, Paris, wöchentlich.
- La Trique, Zürich, humoristisch-satirisches Wochenblatt.
- La Voix de l'Ouvrier, franz. Organ der 103. Arbeiterpartei Belgiens, Brüssel, wöchentlich.
- Volksfreund, Ebur (Schweiz), täglich.
- De Volkswil, Gent, wöchentlich (flämisch).
- Volksfreund, Zentralorgan der sozialdem. Partei Oesterreichs, Reichenberg, Böhmen, zweimonatlich.
- La Voix de Pauvre, Algier, wöchentlich.
- Bobote und Arbeiterzeitung, Chicago, täglich und Wochenausgabe.
- Die Wahrheit, Breßburg, halbmöndentlich.
- De Werker, vlam. Organ der 103. Arbeiterpartei Belgiens, Antwerpen, wöchentlich.
- Zukunft, Wien, zweimonatlich.

### Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — so wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen genommen bei folgenden Filialen

- Genf L. J. Brunier, Motbrilland 42bis
- Kopenhagen K Georg Hoffmann, Kattesund 16, 3. S. & G.
- Budapest M. Frankel, VII, Lindengasse 26, Thür 28.
- London W. Hoffmann, 59 Wardour Street, Oxford Street, 1st Princes Street W.
- H. Rackow, 120 Islington High Street.
- Paris Blum, 65 rue Montorgueil.
- Trapp, 65 rue de Madame, Hotel Baldrian.
- Voss, 6 rue de Levis.
- Antwerpen Ph. Coenen, 6 Meistraat.
- Brüssel A. Tronz, 81, rue de Six-Jetons.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.
- Lüttich Friedrich Mammosser, Rue Potierue 20/II.
- New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street.
- St. Louis Mo. Gebr. Hermingshaus, 1711 Franklin Avenue.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.
- Cincinnati, Ohio Philipp K. Theobald, Nr. 391 Main Str.